

**DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER**

**DIE JUNGEN  
UNTERNEHMER**

**UNSERE ERFOLGE**

**UNSERE STÄRKE**

**WIR BLEIBEN ZUVERSICHTLICH!**

[www.familienunternehmer.eu](http://www.familienunternehmer.eu)

[www.junge-unternehmer.eu](http://www.junge-unternehmer.eu)

## Liebe Familienunternehmer, liebe junge Unternehmer,

2024 ist ein ganz besonderes Jahr für uns Familienunternehmerinnen und Familienunternehmer in Deutschland: Wir feiern das **75. Gründungsjubiläum** unseres Verbandes.

Vor 75 Jahren haben wir Familienunternehmer an der Seite Ludwig Erhards gestanden und für das freie Unternehmertum und für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung gekämpft, die unsere Werte **Freiheit**, **Eigentum**, **Wettbewerb** und **Verantwortung** in sich vereint – unsere Soziale Marktwirtschaft musste bekanntlich erst gegen den staatswirtschaftlichen Normalfall der frühen Nachkriegszeit durchgesetzt werden.

**MARIE-CHRISTINE OSTERMANN**  
Präsidentin | DIE FAMILIENUNTERNEHMER



Heute wie damals steht unser Verband für diese Werte – und für die **Zuversicht**, mit unseren Familienunternehmen auch in den kommenden Jahrzehnten einen **wertvollen Beitrag für unseren zukünftigen Wohlstand in Deutschland** erwirtschaften zu können. Was unseren Verband ausmacht und was wir in unserer politischen Arbeit im zurückliegenden Jahr für die Anliegen unseres familiengeführten Mittelstandes erreichen konnten, lesen Sie auf den folgenden Seiten. Sie sind herzlich eingeladen, in unserer starken Gemeinschaft der Familienunternehmer und der jungen Unternehmer daran mitzuwirken. Sie sind herzlich eingeladen, das 75. Jubiläum bei unseren **Familienunternehmer-Tagen am 25. und 26. April 2024** zu feiern!

Ihre Marie-Christine Ostermann  
und Ihr Thomas Hoppe



**THOMAS HOPPE**  
Bundesvorsitzender | DIE JUNGEN UNTERNEHMER



# UNSERE ERFOLGE

Wir haben viel erreicht:

## ENERGIEPOLITIK

- Nein zu Wettbewerbsverzerrungen durch den Industriestrompreis
- Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse
- Energieeffizienzgesetz entschärft
- Effizienter Klimaschutz dank sektorenübergreifender Herangehensweise
- Mehr Technologieoffenheit beim Heizungsgesetz

## STEUER- UND HAUSHALTSPOLITIK

- Bei Schuldenbremse im Einklang mit Karlsruhe
- Verhinderung der Flat Tax-Pläne bei der Erbschaftsteuer
- Investitionsturbo durch bessere Abschreibungsregeln
- Reform der Grunderwerbsteuer – Verbessert Vermögensaufbauchancen
- Internationales Steuerrecht: Absenkung der Steuersatzgrenze

## ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK

- Nachbesserungen bei der Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung
- Umsetzung der digitalen Rentenübersicht
- Berücksichtigung unserer Vorschläge zum Bürokratieabbau in der Prioritätenliste des Bundesjustizministeriums

## DIGITAL- UND INNOVATIONSPOLITIK

- Datenschutz auch für Unternehmer: Eine rechtlich sichere Basis für das Handelsregisterportal
- Einsatz für sichere und vertrauenswürdige digitale Netze
- Mehr Tempo bei der Digitalstrategie
- Breite Diskussion zur KI-Haftung und zur Datenökonomie

## EUROPAPOLITIK

- Unternehmerfeindlichkeit des Green Deal aufgedeckt
- Erfolgreicher Protest gegen Finanzierungsverknappung durch Soziale Taxonomie
- Abschaffung der EU-Verschuldungsregeln verhindert
- Ausweitung der KMU Definition

## AUS DEN BUNDESLÄNDERN

- Realitätsferne Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie gestoppt
- Clearingstelle Niedersachsen wird fortgeführt
- Unternehmensfeindliches E-Government-Gesetz in Schleswig-Holstein einkassiert
- Laute Stimme bei den Landtagswahlen 2023

## #MACHENSTATTKLEBEN

- Klimaschutz – wie Unternehmer es machen

## #DETOXDEUTSCHLAND

- Grundsatzprogramm der jungen Unternehmer: Von der Kraft des Marktes und den Grenzen des Staates
- 100 Vorschläge für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort

# ENERGIEPOLITIK

## NEIN ZU WETTBEWERBSVERZERRUNGEN DURCH DEN INDUSTRIESTROMPREIS

Eine der prägendsten Debatten im Jahr 2023 war sicherlich die Diskussion um den Industriestrompreis. Uns ist die Stromkostenbelastung der energieintensiven Industrien durchaus bewusst. Doch der Industriestrompreis wäre eine wettbewerbsverzerrende Subvention für nur wenige mit massiven Kosten für alle anderen und ein direkter Eingriff in die Marktpreise. DIE FAMILIENUNTERNEHMER haben Alternativen aufgezeigt und sich dagegen gewehrt, die verfehlte Energiepolitik der letzten Jahrzehnte mit Subventionen für wenige zu verschlimmern. Die Energiepolitik muss endlich radikal vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Der Industriestrompreis hätte das verhindert. Das Urteil vom Bundesverfassungsgericht zur Haushaltspolitik ist, unter diesem Gesichtspunkt, als grundsätzlich gut zu bewerten, da es den unnötigen Subventionen einen zusätzlichen massiven Riegel vorschiebt. Allerdings stehen nun auch die Entlastungen für die Breite der Wirtschaft unter Vorbehalt. Die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß wurde gleichwohl durchgesetzt. Und: Wir haben die Ampel-Regierung vorerst auf den richtigen Pfad gelenkt. Nun müssen wir Familienunternehmer dafür sorgen, dass die Regierung diesem Pfad weiter folgt!

**Das Erste | Tagesthemen | 29.08.2023**

**Interview mit Marie-Christine Ostermann zum Industriestrompreis**

**Frankfurter Allgemeine Zeitung | 03.05.2023**

**Der Mittelstand hält nichts vom Industriestrompreis**

**Süddeutsche Zeitung | 04.05.2023**

**Das Subventionsroulette hat begonnen**

**»Es ist doch absurd, erst staatlich den Unternehmen immer mehr Lasten aufzubürden und diese dann großzügig wieder runterzsubventionieren.«**

## **BESCHLEUNIGUNG DER PLANUNGS- UND GENEHMIGUNGSPROZESSE**

Auch im Bereich der Planungs- und Genehmigungsprozesse versuchten DIE FAMILIENUNTERNEHMER auf Beschleunigungen hinzuwirken – auf allen Ebenen. Auf einigen Ebenen zeigen sich durchaus erste Erfolge. So werden mit dem sogenannten Solarpaket immense Verbesserungen im Bereich der Eigenstromerzeugung/Eigenstromversorgung erzielt, auf die unser Verband seit Jahren drängte. Es gibt zwar immer noch Schwierigkeiten, aber die großen Hürden der Vergangenheit wurden abgeräumt.

## **ENERGIEEFFIZIENZGESETZ ENTSCHÄRFT**

Beim Energieeffizienzgesetz gehörten DIE FAMILIENUNTERNEHMER zu den ersten und schärfsten Kritikern. Früh haben wir die völlig überzogenen, unrealistischen Grenzen des Gesetzes sowie diverse Regelungen kritisiert. Ansätze und Instrumente des Gesetzes waren teils fernab jeder wirtschaftlichen Realität. Letztlich gelang es auch hier, das Gesetz für die unternehmerische Praxis erträglich zu gestalten.

## **EFFIZIENTER KLIMASCHUTZ DANK SEKTORENÜBERGREIFENDER HERANGEHENSWEISE**

Mit der Verbesserung des Klimaschutzgesetzes wurde eine langjährige Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER umgesetzt. Statt streng nach Sektoren Klimaschutz zu betreiben, wird nun sektorenübergreifend ein Gesamtziel verfolgt. Damit wird Klimaschutz nicht weniger oder schlechter, auch die Ziele ändern sich nicht. Aber der Klimaschutz wird so wesentlich effizienter betrieben und wird außerdem günstiger. Die Reform des Klimaschutzgesetzes gelang gegen große politische Widerstände.

**Wirtschaftswoche online | 03.07.2023**

**Was zu kleinteiliger Klimaschutz mit einer starken AfD zu tun hat**

## **MEHR TECHNOLOGIEOFFENHEIT BEIM HEIZUNGSGESETZ**

Die große Debatte zum sogenannten Heizungsgesetz hat der Verband begleitet und teils geprägt. Gemeinsam mit anderen Kritikern konnten die schlimmsten Verwerfungen des Gesetzes erfolgreich abgewehrt werden. Wir haben uns hier insbesondere für effizienten Klimaschutz und Technologieoffenheit stark gemacht und dies am Ende auch erreicht. Die technologiespezifische Ausrichtung allein auf die Wärmepumpe konnte so verhindert werden. Andere Erfüllungsoptionen sowie realistische Zeitrahmen sind nun im Gesetz enthalten.



# STEUER- UND HAUSHALTSPOLITIK

## BEI SCHULDENBREMSE IM EINKLANG MIT KARLSRUHE

Seit Ende 2021 haben DIE FAMILIENUNTERNEHMER immer wieder darauf hingewiesen, dass im Bundeshaushalt erhebliche verfassungsrechtliche Risiken mit Schattenhaushalten und Umbuchungstricks bestehen. Wir haben die Regierung frühzeitig und wiederholt auf die Notwendigkeit eines »Plan B« im Falle einer harten Entscheidung der Karlsruher Verfassungsrichter zum 2. Nachtragshaushalt 2021 hingewiesen. Das Bundesverfassungsgericht gibt uns recht – solide Staatsfinanzen sind ein Gebot, kein Wahlrecht. Eine Stärkung der Schuldenbremse bedeutet weniger Schulden heute, weniger Zinsmilliarden morgen und eine Reduzierung der Gefahr von Steuererhöhungen für die nächste Generation.

## VERHINDERUNG DER FLAT TAX-PLÄNE BEI DER ERBSCHAFTSTEUER

Gleich zwei Parteien haben sich öffentlichkeitswirksam im Jahr 2023 in einen Arbeitsprozess für ein neues Steuerkonzept begeben. Ob SPD oder CDU – beide Parteien spielen mit dem Gedanken, sich für Erbschaftsteuererhöhungen für Unternehmenserben einzusetzen. Unsere Präsidentin führte mit Vertretern der CDU intensive Gespräche. Zwar wird das CDU-Grundsatzprogramm samt Aussagen zur Erbschaftsteuer erst im Mai beschlossen, doch bereits 2023 konnte eine textliche Nachbesserung für Familienunternehmen im Entwurf erreicht werden – die Flat Tax wurde gestrichen.

**Handelsblatt | 19.06.2023**

**Die Angst vor der Flat Tax**

**Handelsblatt | 08.12.2023**

**CDU scheut Erbschaftsteuer-Streit mit Familienunternehmern**

## **INVESTITIONSTURBO DURCH BESSERE ABSCHREIBUNGSREGELN**

Wir, DIE FAMILIENUNTERNEHMER, haben uns im Rahmen der Verhandlungen zum Wachstumschancengesetz bei Kanzler Olaf Scholz sowie den Ministern Robert Habeck und Christian Lindner dafür eingesetzt, zusätzlich zur bürokratischen Investitionsprämie die degressive Afa erneut wiederzubeleben, um schnell unbürokratische Investitionsanreize zu setzen – mit Erfolg: Finanzminister Lindner hat seinen ersten Entwurf nachgebessert und die degressive Abschreibung im Regierungsentwurf zum Wachstumschancengesetz ergänzt.

## **REFORM DER GRUNDERWERBSTEUER – VERBESSERT VERMÖGENS- AUFBAUCHANCEN**

Als einer von knapp zehn Verbänden waren DIE FAMILIENUNTERNEHMER mit am Tisch, als über eine große Grunderwerbsteuerreform in Bund und Ländern verhandelt wurde. Bei den Finanzministern in Bund und Ländern haben wir dafür geworben, diese große Reform auch unter dem Stichwort »Vermögensaufbau« mitzudenken. Statt immer nur darüber zu reden, wie man Vermögen wegbesteuern kann, sollte die Politik daran arbeiten Vermögensaufbau für alle leichter zu machen! Den politischen Einigungsprozess zur Reform werden wir weiter begleiten.

## **INTERNATIONALES STEUERRECHT: ABSENKUNG STEUERSATZGRENZE**

Die Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung ist ein Kraftakt über das Jahr 2023 hinaus. Als einer von drei Verbänden durften DIE FAMILIENUNTERNEHMER im Bundesministerium für Finanzen ihre Sorgen zu und Probleme mit diesem Mammutgesetz äußern und aktiv daran mitwirken, dass der Gesetzesentwurf praxistauglicher wird. Ein Schwerpunkt in den Gesprächen: Bisherige Regelungen zur Eindämmung von Gewinnverlagerungen etc. gehören abgeschafft, wenn das Ziel durch die Mindestbesteuerung erreicht wird. Der Durchbruch: Nach jahrelangem Kampf gibt es den Beschluss, die Steuersatzgrenze für sogenannte »Niedrigsteuerländer« von 25 Prozent auf 15 Prozent im Außensteuergesetz abzusenken.

# ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK

Rheinische Post | 03.07.2023

**Familienunternehmer fordern Deckelung der Sozialbeiträge**

BILD | 06.06.2023

**1,7 Millionen Stellen offen!**

**Marie-Christine Ostermann: »Die Rente mit 63 muss abgeschafft werden, um den Fachkräftemangel nicht weiter zu verschärfen.«**

## NACHBESSERUNGEN BEI DER WEITERENTWICKLUNG DER FACHKRÄFTEEINWANDERUNG

Mit der Novelle des »Fachkräfteeinwanderungsgesetzes« hat die Bundesregierung endlich eine alte Forderung unseres Verbandes nach Einführung eines Punktesystems (»Chancenkarte«) übernommen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Die im Gesetzentwurf enthaltenen Anforderungen an die Berufserfahrung derjenigen, die über eine »Chancenkarte« zu uns kommen wollen, erschien uns aber als zu niedrig bemessen. So hatte die Bundesregierung ursprünglich vorgesehen, dass die Bewerber in den letzten sieben Jahren lediglich drei Jahre Berufserfahrung vorweisen müssen, um die maximale Punktzahl in der Kategorie »Berufserfahrung« zu erhalten. Unser Verband hat darauf gedrungen, dass die Bewerber in den letzten sieben Jahren mindestens fünf Jahre Berufserfahrung vorweisen müssen. Dieser Vorschlag wurde in das Gesetz übernommen.

**Zum Papier unserer  
»Jungen Renten-  
kommission«:**



## **UMSETZUNG DER DIGITALEN RENTENÜBERSICHT**

Am 30. Juni 2023 ist die digitale Rentenübersicht online gegangen. Damit wurde eine wesentliche Forderung von DIE JUNGEN UNTERNEHMER und der »Jungen Rentenkommission« umgesetzt. Mit der digitalen Rentenübersicht soll jeder auf einen Blick eine Übersicht über den Stand seiner Altersvorsorge erhalten. Dabei sollen nicht nur die Ansprüche bei der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch Ansprüche aus betrieblicher und privater Altersvorsorge berücksichtigt werden. Ziel ist es, jeden Einzelnen für die Altersvorsorge zu sensibilisieren und ihn niedrigschwellig darüber zu informieren, ob seine bisherigen Bemühungen für eine vernünftige Altersvorsorge ausreichen.

## **BERÜCKSICHTIGUNG UNSERER VORSCHLÄGE ZUM BÜROKRATIE- ABBAU IN DER PRIORITÄTENLISTE DES BUNDEJUSTIZMINISTERIUMS**

Überbordende Bürokratie ist ein ständiges Ärgernis und Investitionshemmnis für unsere Unternehmen. Einige unserer Hinweise auf besonders starke bürokratische Belastungen haben nun Eingang in die Prioritätenliste des Bundesjustizministeriums, das für den Bürokratieabbau federführend zuständig ist, gefunden. Konkret wurden die Belastungen durch das »Lieferkettengesetz«, die »A1-Bescheinigung«, das »Nachweisgesetz« sowie die »elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung« als die Bürokratiehemmnisse identifiziert, die rasch durch unmittelbare gesetzliche Maßnahmen der Ressorts oder in einem weiteren »Bürokratieentlastungsgesetz IV« angegangen werden sollen.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung | 31.08.2023**  
**Betriebe ersticken an Bürokratie**

Rheinische Post | 31.08.2023

**Mittelstand klagt über Bürokratie**

Handelsblatt | 07.03.2023

Zur elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

**In der Praxis funktioniert das neue System leider nicht**

**Reinhold von Eben-Worlée kritisiert: »Wir erleben ein Chaos der Zuständigkeiten und bürokratischen Mehraufwand durch Doppelstrukturen. Arbeitgeber und Beschäftigte haben damit zu schaffen.«**

# DIGITAL- UND INNOVATIONSPOLITIK

## DATENSCHUTZ AUCH FÜR UNTERNEHMER: EINE RECHTLICH SICHERE BASIS FÜR DAS HANDELSREGISTERPORTAL

Hier geht es  
zum Gutachten:



Unsere Vorschläge  
für eine ausgewogene  
Transparenzumsetzung:



Das Handelsregisterportal in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung verstößt gegen Grundregeln des Datenschutzes. Auf dem Portal sind von den dort eingetragenen Unternehmen beispielweise Privatanschriften von Inhabern, Aufsichtsräten und Geschäftsführern sowie Geburtsdaten, Unterschriften und vieles mehr von jedem und von überall in der Welt kostenlos einzusehen und zu speichern. Damit steht die Tür für Kriminelle und Konkurrenten sperrangelweit offen. Durch ein Fachgutachten der Universität Augsburg, Gespräche, Briefe und unsere Medienarbeit wurden Teile der Ergebnisse erreicht: So wurde im Dezember 2022 die Handelsregisterverordnung (HRV) so angepasst, dass zukünftige Eintragungen auf notwendige Informationen zu konzentrieren sind und sensible Informationen nicht mehr eingetragen werden müssen. Darüber hinaus werden gegenwärtig von den Landesjustizministern und Justizminister Marco Buschmann Verfahren geprüft, wie die Bestandsdaten datenschutzkonform bereinigt werden können. Auch sind Änderungen der Dienstordnung für Notare in der Umsetzung, um das digitale Handelsregister auf eine sichere rechtliche Basis zu stellen. Dadurch kann eine Minimierung sensibler Registerinträge erreicht werden.

**DIE WELT | 27.07.2023**

**Unternehmer bemängeln Online-Handelsregister**

## EINSATZ FÜR SICHERE UND VERTRAUENSWÜRDIGE DIGITALE NETZE

Als einziger Wirtschaftsverband haben sich DIE FAMILIENUNTERNEHMER klar und deutlich und medial wahrgenommen für sichere digitale Netze ausgesprochen und dafür, nicht vertrauenswürdige Komponenten (etwa des Herstellers Huawei aus einer Diktatur) aus dem sensiblen IT-Netz zu entfernen. Das mündete in der Verabschiedung des IT-Sicherheitsgesetzes 2.0, das solche Maßnahmen vorsieht. Hier setzen sich die Sicherheitsbedenken gegen massive Widerstände insbesondere auch aus dem Bundeskanzleramt durch. Aktuell plant das Bundesinnenministerium eine Übergangsphase, in der die Telekommunikationsbetreiber unsichere Komponenten aus dem sogenannten »Kernnetz« entfernen müssen. Die Debatte wird weitergeführt und die wiederholten Versuche, das Thema totzuschweigen, sind gescheitert.

**MOZ Märkische Oderzeitung | 12.10.2023**

**Angst vor Sabotage geht um**

## **MEHR TEMPO BEI DER DIGITALSTRATEGIE**

Ebenso haben DIE FAMILIENUNTERNEHMER die Digitalisierungsschritte der Ampel-Regierung kritisch begleitet und Druck auf mehr Tempo ausgeübt. So wurde etwa die ressortübergreifende Digitalstrategie und die Fortschritte der Verwaltungsdigitalisierung von uns kritisch in der Presse bewertet. Denn gerade die Wirtschaft ist der Poweruser von Verwaltungsleistungen und benötigt dringend Entbürokratisierung durch digitale Amtsprozesse. Leider bleibt die selbst ernannte »Fortschrittskoalition« hinter den Ansprüchen zurück. Hier hilft öffentlicher Druck, gerade auch durch Wirtschaftsverbände. Für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft benötigt Europa den richtigen digitalpolitischen Rahmen! DIE FAMILIENUNTERNEHMER weisen immer wieder auf die Notwendigkeit tiefgreifender Strukturreformen hin: Ein digitaler und moderner Staat ist ein zentraler Standortfaktor.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung | 04.08.2023**

**Umkehr beim Digitalbudget gefordert**

## **BREITE DISKUSSION ZUR KI-HAFTUNG UND ZUR DATENÖKONOMIE**

Im Bereich KI und der Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas konnten DIE FAMILIENUNTERNEHMER mit innovativen Impulsen die Debatte vorantreiben. Neben der Warnung vor Überregulierung im KI-Act und der Forderung nach einem besseren Rahmen für die Datenökonomie, konnte mit einigen konkreten Vorschlägen zum Thema KI-Haftung die Diskussionen neu geöffnet werden. Diese Positionen wurden durch unser Gutachten zur Haftung und Regulierung von Künstlicher Intelligenz auf nationaler Ebene unterlegt.

**Hier geht es  
zum KI-Gutachten:**



**Handelsblatt | 23.08.2023**

**Familienunternehmer fordern Regulierung**

# EUROPAPOLITIK

## UNTERNEHMERFEINDLICHKEIT DES GREEN DEAL AUFGEDECKT

DIE FAMILIENUNTERNEHMER haben an vielen relevanten Konsultationen teilgenommen und im Gespräch mit EU-Kommission und Europaparlament unternehmensfeindliche Ausgestaltungen vor allem im Bereich des Generationenprojekts Green Deal und z.B. beim europäischen Lieferkettengesetz aufgedeckt. Der Green Deal verfolgt zwar das richtige Ziel, ist dann aber von der Politik an der Wirklichkeit vorbei in Vorschriften gegossen worden. Das Ergebnis sind Bürokratiemonster, die niemand versteht und die Europa zurückwerfen. Ökodesign-Richtlinie, CSR-Berichtspflichten, EU-Taxonomie, CBAM oder das Lieferkettengesetz bringen Europa den gutgemeinten Zielen nicht näher, zwingen aber die europäische Wirtschaft in die Knie.

## ERFOLGREICHER PROTEST GEGEN FINANZIERUNGSVERKNAPPUNG DURCH SOZIALE TAXONOMIE

Nach deutlichen Protesten zog die Kommission erste Überlegungen einer noch härteren Finanzierungsverknappung für Unternehmen entlang sozialer Vorgaben (Soziale Taxonomie) vorerst zurück.

## ABSCHAFFUNG DER EU-VERSCHULDUNGSREGELN VERHINDERT

Einer unbefristeten Aussetzung der Wettbewerbskontrolle sowie einer faktischen Abschaffung der Euro-Verschuldungsregeln stellten sich die DIE FAMILIENUNTERNEHMER erfolgreich entgegen.

**Die Welt | 22.12.2023**

**Kritik an neuen Schuldenregeln**



## AUSWEITUNG DER KMU DEFINITION

Mit Hilfe unseres Dachverbandes European Family Businesses (EFB) ist es gelungen, die Kommission von der Ausweitung bestehender KMU Definitionen zu überzeugen. Das ist wichtig, um Bürokratie künftig von Mittelständlern besser fernzuhalten.

**Die Forderungen von EFB an die Parteien:**



## AUS DEN BUNDESLÄNDERN

In den Landesbereichen unseres Verbands sind wir in ständigem Kontakt mit den Landesregierungen und -parlamenten, um uns vor Ort für die richtigen Weichenstellungen einzusetzen.

**Zum Mittelstandsbeirat Niedersachsen bzw. NRW:**

Wir, DIE FAMILIENUNTERNEHMER, sind Mitglied in den Mittelstandsbeiräten Niedersachsen und NRW und können hier früh Expertise aus der Praxis in die Gesetzgebungsvorhaben einbringen.



Gute Standortpolitik wird in den Ländern ausgestaltet und kann mit unserem Einfluss über den Bundesrat eine weite Verbreitung finden.

## REALITÄTSFERNE UMSETZUNG DER WHISTLEBLOWER-RICHTLINIE GESTOPPT

Über die Landesregierungen konnten DIE FAMILIENUNTERNEHMER die realitätsferne Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie im Bundesrat stoppen. Im anschließenden Vermittlungsausschuss wurden unsere zentralen Forderungen aufgenommen, die zukünftig eine praktikable Anwendung des Hinweisgeberschutzgesetzes im Betriebsalltag ermöglichen. So wurden im

verbesserten Gesetz u. a. der Bußgeldrahmen auf ein realistisches Niveau gesenkt und unternehmensinterne Meldestellen ermöglicht, die eine Einmischung Dritter verhindern, die primär finanzielle Interessen verfolgen.

### **CLEARINGSTELLE NIEDERSACHSEN WIRD FORTGEFÜHRT**

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind der Bürokratie auf Länderebene auf den Fersen, in Niedersachsen als Mitglied des Mittelstandsbeirats der Clearingstelle. Die Stelle, die neue Gesetzentwürfe frühzeitig auf Praxistauglichkeit abklopft, drohte nach der Landtagswahl auszulaufen. Auch dank Druck der niedersächsischen Familienunternehmer wurde sie schließlich doch verlängert.

### **UNTERNEHMENSFEINDLICHES E-GOVERNMENT-GESETZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN EINKASSIERT**

Das neue E-Government-Gesetz in Schleswig-Holstein hätte die private IT-Wirtschaft von öffentlichen Ausschreibungen komplett ausgeschlossen – und damit womöglich in anderen Bundesländern Nachahmer gefunden. Nach Protest von DIE FAMILIENUNTERNEHMER kassierte die Regierung den Entwurf ersatzlos ein.

### **LAUTE STIMME BEI DEN LANDTAGSWAHLEN 2023**

In 2023 haben wir die Landtagswahlen in Berlin, Bremen, Bayern und Hessen mit Wahlkampagnen begleitet. Im Fokus standen dabei **Social-Media-Aktionen, klassische Presse- und Medienarbeit:** Sei es gegen die Einführung einer Ausbildungsabgabe in Bremen, bei der Enteignungsdebatte in Berlin oder zu unsinnigen Feiertagsvorschlägen im hessischen Wahlkampf.

Unsere Forderungspapiere zu den Landtagswahlen  
Berlin, Bremen, Bayern und Hessen:



**ÜBER 200 MAL  
IN DER PRESSE  
VERTRETEN**

Moritz Stich | ZDF Mittagmagazin | 12.05.23

»Wir kriegen teilweise gar keinen richtigen  
Bewerber mehr und jetzt sollen wir dafür  
auch noch eine Abgabe zahlen.«

**3,6 MILLIONEN  
MENSCHEN  
ERREICHT MIT UNSEREN  
SOCIAL-MEDIA-KAMPAGNEN**

**CA. 57.000 KLICKS  
AUF UNSERE  
FORDERUNGS-  
PAPIERE**

Stefan Schröter | Berliner Zeitung | 28.03.23

»Private Investitionen in die klimafreundliche  
Produktion oder die Gebäudesanierung werden  
aktuell durch langsame Genehmigungsverfahren  
unnötig verteuert und verkompliziert.«

Luitpold Prinz von Bayern | Augsburgener Allgemeine Zeitung | 01.07.23

»Es besorgt mich, dass der Standort Deutschland unattraktiv geworden  
ist, wir können ja nicht einmal unsere eigenen Leute halten...«

Dirk Martin | Frankfurter Rundschau | 11.10.23

»Ein neues schwarzgrünes Bündnis muss wieder die wirt-  
schaftliche Dynamik im Land wecken.«

# #MACHENSTATTKLEBEN

Mit unserer **Social-Media-Mini-Kampagne** haben wir praktische Beispiele gezeigt, warum Deutschlands Familienunternehmen der Umwelt- und Klimaschützer Nr. 1 in Deutschland sind: Weil sie **#MachenStattKleben**.

## 25.000 MENSCHEN ERREICHT



# #DETOXDEUTSCHLAND

DIE JUNGEN UNTERNEHMER haben 2023 zu einem starken **Kampagnenjahr** gemacht: Unter dem **Doppel-Motto #ToxicDeutschland | #DetoxDeutschland** haben wir eine Debatte darüber angestoßen, was unser Wirtschaftsstandort jetzt braucht.



## GRUNDSATZPROGRAMM DER JUNGEN UNTERNEHMER: VON DER KRAFT DES MARKTES UND DEN GRENZEN DES STAATES

Im Rahmen der Kampagne hat die Kommission Wirtschaftspolitik von DIE JUNGEN UNTERNEHMER ein Grundsatzprogramm erarbeitet. Damit Deutschland nicht noch weiter absteigt, muss sich der kranke Mann Europas einer Diätkur unterziehen: Mehr Ehrgeiz bei längst überfälligen Strukturreformen, mehr Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben, mehr Freiraum für alle diejenigen, die in diesem Land gestalten wollen, und zu guter Letzt, mehr Mut! Wir wollen zeigen, wie Deutschland wieder fit gemacht werden kann. Denn eines ist sicher: Die globale Konkurrenz wartet nicht und ist schon längst losgelaufen, während die Politik noch chaotisch über die vermeintlich richtige Richtung diskutieren.

## 100 VORSCHLÄGE FÜR EINEN ERFOLGREICHEN WIRTSCHAFTSSTANDORT

Aus dem Grundsatzprogramm haben wir 100 konkrete Vorschläge für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort herauskristallisiert. Diese wurde am 16. November 2023 im Rahmen des Gipfels der jungen Unternehmer an die Bundesregierung übergeben und vor dem Brandenburger Tor wurde mit diesen 100 Vorschlägen im Gepäck eine laut- und bildstarke Bewegung mit Trillerpfeifen und Protestschildern gestartet.

Hier geht es zu unserem Grundsatzprogramm:



Hier geht es zu unseren 100 Vorschlägen:



**DIE FAMILIENUNTERNEHMER E.V.**  
**DIE JUNGEN UNTERNEHMER**

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

[kontakt@familienunternehmer.eu](mailto:kontakt@familienunternehmer.eu) | [kontakt@junge-unternehmer.eu](mailto:kontakt@junge-unternehmer.eu)

[www.familienunternehmer.eu](http://www.familienunternehmer.eu) | [www.junge-unternehmer.eu](http://www.junge-unternehmer.eu)

Berlin, Januar 2024

**Bilder und Illustrationen:** Adobe Stock | Anne Großmann Fotografie | DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V. | Arnd Hawlina | iStockphoto | Marc-Steffen Unger

**Konzept und Gestaltung:** DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V. | Anja von Knobelsdorff | Kea Schwandt

**Druck und Auflage:** DCM Druck Center Meckenheim GmbH | 7.500 Exemplare

